

Wer ist Opfer des Nationalsozialismus? Fachkolloquium zu erinnerungskulturellen Problemen und Perspektiven

Veranstalter: Landeshauptstadt München, Direktorium; Stadtarchiv München

Datum, Ort: 19.06.2017, München

Bericht von: Katharina Seehuber, Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Die Stadt München arbeitet bereits seit Jahrzehnten intensiv an der Aufarbeitung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit als „Hauptstadt der Bewegung“. In Bezug auf Opferforschung sind die jüdischen Verfolgten vergleichsweise intensiv erforscht, vor allem durch das deutschlandweit in seiner Informationsdichte wohl einzigartige „Biographische Gedenkbuch der Münchner Juden 1933-1945“. Andere Opfergruppen hingegen harren noch einer genaueren Erforschung. Die Stadt München hat sich zum Ziel gesetzt, im „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in München“ ein gleichnamiges Projekt durchzuführen, in dem die Namen aller Personen aus München recherchiert, verifiziert und öffentlich zugänglich gemacht werden, die zwischen 1933 und 1945 verfolgungsbedingt getötet wurden oder die, wie viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, fern ihrer Heimat in München ums Leben kamen. Dazu gehört neben einem zentralen Namensdenkmal, das an alle Opfer des NS-Regimes gleichermaßen erinnern soll, auch die Möglichkeit, für jeden Verfolgten bei einer Koordinierungsstelle im Münchner Stadtarchiv eine Gedenktafel oder -stele zu beantragen, die an oder vor dessen ehemaligem Wohnhaus angebracht bzw. errichtet wird. Mit diesen individuellen und dezentralen Erinnerungszeichen möchte München, wie es in dem Beschluss des Stadtrats heißt, „zu einer lebendigen Erinnerungskultur beitragen“.

Doch wer kann eigentlich den Opfern des Nationalsozialismus zugerechnet werden? Wie definieren sich Opfergruppen und welche Personen sollen im Rahmen des Projekts berücksichtigt werden? Um direkt zu Beginn des Projekts in einen Fach- und Bürgerdialog über den Opferbegriff zu treten und

von den Erfahrungen anderer Städte und Institutionen zu lernen, hat die Koordinierungsstelle ein halbtägiges Kolloquium organisiert. Der Titel der Veranstaltung: „Wer ist Opfer des Nationalsozialismus?“ war zugleich die Fragestellung, um die sich Vorträge und Diskussionen drehten. Dass ein wissenschaftlicher Diskurs über den Opferbegriff keine akademische Banalität ist, wurde im Verlauf der Veranstaltung rasch erkennbar.

Eröffnet wurde das Kolloquium durch ein Grußwort von HANS-GEORG KÜPPERS (Kulturreferent der Landeshauptstadt München). Er skizzierte die Entwicklung der Gedenkkultur in München seit Kriegsende 1945 und verwies auf verbleibende Leerstellen, mit denen sich das neue Projekt, das gewissermaßen einen „Münchner Weg der Erinnerungskultur“ repräsentiert, auseinandersetzen werde.

MICHAEL STEPHAN (Leiter des Stadtarchivs München) gab in seiner Begrüßung einen kurzen Überblick über die wichtigsten bisherigen Gedenkprojekte seines Hauses und stellte das neue Projekt „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in München“ vor. Die Recherchen für das Namensdenkmal sind, so Stephan, eine wichtige Grundlage für das geplante umfassende Gedenkbuch an alle Münchner Todesopfer des NS-Regimes. Dieses ambitionierte Ziel soll durch umfassende Kooperationen mit Forschergruppen und Institutionen, beispielsweise der KZ-Gedenkstätte Dachau, oder auf einer partizipativen Ebene mit bürgerschaftlichen Initiativen und Schulklassen realisiert werden.

Im ersten Vortrag des Nachmittags, „Die nationalsozialistische Verfolgung von ‚Berufsverbrechern‘. Problematiken und Kontinuitäten einer Stigmatisierung“, stellte DAGMAR LIESKE eine Opfergruppe vor, die bis heute weithin ignoriert wird und nicht Teil der allgemeinen Gedenkkultur ist. Diese fortdauernde Stigmatisierung hatte zur Folge, dass die Betroffenen von materiellen Entschädigungen ausgeschlossen wurden und bewirkte eine gesellschaftliche Diskriminierung bis hin zur Einstufung von Betroffenen als unglaubwürdige Zeugen ihrer eigenen Verfolgungsgeschichte. Dagmar Lieske plädierte dafür, bisher unbekannte Opfergruppen sicht-

bar zu machen, um dadurch deren fortdauernde Stigmatisierung aufzubrechen. Auch viele Personen mit ambivalenten Biographien seien als Opfer anzusehen; es sei Aufgabe der Geschichtswissenschaft, sich mit den schmerzhaften, vielfach widersprüchlichen Grauzonen individueller Opferbiographien auseinanderzusetzen. Die auf den Vortrag folgende Diskussion betonte die Notwendigkeit einer Darstellung von individuellen Biographien mit all ihren Brüchen und Tiefen, anstatt die Opfer ausschließlich in starr gefasste Kategorien einzubinden. Damit einhergehend kam die Problematik des „ehrennden Gedenken“ auf: Kann man auch Personen, die als Mörder in der Justizvollzugsanstalt Stadelheim hingerichtet oder als unpolitische Gewalttäter in Konzentrationslagern misshandelt und getötet wurden, öffentlich als Opfer des Nationalsozialismus würdigen? Im Publikum herrschte generell Einigkeit mit der Vortragenden darüber, dass derartige Fälle nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Für Grenzfälle müsse jedoch eine abgewogene Einzelfallentscheidung getroffen werden, beispielsweise begleitet durch die Expertise eines eigens dafür eingesetzten beratenden Gremiums.

Anschließend brachte HARALD SCHMID (Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten) dem Publikum den Bedeutungswandel des Opfer-Begriffs in den letzten sieben Jahrzehnten näher. In seinem Vortrag „Opfer‘ im Fokus von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Konturen und Konjunkturen eines Zentralbegriffs der Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus“ zeigte er, warum die Frage nach der Bestimmung von Opfern des Nationalsozialismus auch 72 Jahre nach Kriegsende noch gestellt werden muss: Der Opferbegriff unterlag stets Konjunkturen, so dass er sich im Spannungsverhältnis von Historizität und Aktualität immer wieder wandele. Hierarchien entwickeln und verändern sich, so Schmid, Opfergruppen werden ausgeblendet und gegebenenfalls erst viel später wieder in das Bewusstsein der deutschen Gesellschaft getragen. Bezeichneten sich die Deutschen direkt nach Kriegsende vor allem selbst als Opfer der NS-Herrschaft, so wurde der Begriff in den folgenden Jahrzehnten vor allem durch institutionell gut or-

ganisierte Opfergruppen wie etwa Juden, ehemalige KZ-Häftlinge oder Widerstandskämpfer geprägt. Maßgebliche Auswirkungen auf den Diskurs hatten neben der Wiedergutmachungsgesetzgebung auch die Aktivitäten gesellschaftskritischer Organisationen wie Aktion Sühnezeichen, mediale Ereignisse wie das „Tagebuch der Anne Frank“ oder aufsehenerregende Filme wie „Holocaust“ und „Schindlers Liste“. Dieser beständige Wandel des Opferbegriffs ist Grund genug, sich die Frage „Wer ist Opfer des Nationalsozialismus?“ immer wieder neu zu stellen. Die anschließende Diskussion zeigte, welche emotionalen Konsequenzen für die Nachkommen der Betroffenen mit diesen Zuschreibungen verbunden sind. So plädierte ein Nachfahre für die Verwendung des Begriffs „Verfolgter“ an Stelle des Begriffs „Opfer“, ein Statement, das andere Zuhörer bekräftigten.

In der anschließenden von ANDREAS HEUSLER (Stadtarchiv München) moderierten Podiumsdiskussion berichteten Experten und Expertinnen von ihrer wissenschaftlichen Beschäftigung und ihren Erfahrungen mit dem Opferbegriff in der Erinnerungsarbeit. JÜRGEN ZARUSKY (Institut für Zeitgeschichte München) zeigte sich skeptisch, dass eine aus wissenschaftlicher Sicht befriedigende Gesamtlösung für ein Denkmal, das an alle Opfer des NS-Regimes erinnern soll, gefunden werden kann. Vielmehr seien erinnerungspolitische Widerstände gegen die Aufnahme einzelner Personen und Opfergruppen zu erwarten. BEATE MEYER (Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg) legte dar, welche Schwerpunkte die Hansestadt in der Erinnerungsarbeit an die Verfolgten des Nationalsozialismus setzt. In den letzten beiden Jahrzehnten konnte sich eine Erinnerungskultur von unten etablieren. Über 300 Ehrenamtliche haben dort Einzelbiografien erforscht, die in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung in bislang 18 Sammelbänden veröffentlicht wurden. Beate Meyer, die diese Arbeit koordiniert, stellte die Bedeutung heraus, die Betroffenen, die erst gegen Ende ihres Lebens zu „Opfern“ wurden, als Akteure ihrer eigenen Geschichte darzustellen. Dabei habe es sich in Hamburg als fruchtbar erwiesen, dunkle Flecken in Biografien nicht zu verschweigen und

Grenzfälle offen zu debattieren. FRANK REUTER (Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg) betonte, dass die intensive, fortdauernde Stigmatisierung von Opfergruppen einen Zwang zur Entschuldigung für das Opfer-Sein erzeuge, welcher unbedingt verhindert werden müsse. Es erfordere Mut, aus tradierten Denkmustern und gesetzten Kategorien auszubrechen, doch sei dies im Kampf um die Anerkennung aller Opfer ein wichtiger Schritt. Ähnlich äußerte sich GABRIELE HAMMERMANN (KZ-Gedenkstätte Dachau), die sich der Konkurrenz unter den Opfergruppen bewusst ist und die dieses Phänomen als eine Folge von interessengeleiteten organisierten Erinnerungsdiktaten deutet. Dies führte zu der Frage, ob die von Harald Schmid in seinem Vortrag thematisierte „Erinnerungsgerechtigkeit“ überhaupt zu erreichen ist. Hier waren die Teilnehmer des Podiums unterschiedlicher Meinung: Jürgen Zarusky warnte vor einer Nivellierung von Schicksalen, die seiner Meinung nach bei der bloßen Namensnennung auf einem Denkmal droht. Auch Gabriel Hammermann forderte, dass die jeweiligen Namen unbedingt mit ausführlichen Biografien hinterlegt werden müssen, möglicherweise durch ein begleitendes mediales Angebot. Demgegenüber formulierte Beate Meyer drei Ebenen: Während in der historischen Forschung durchaus eine „Erinnerungsgerechtigkeit“ gegeben ist, hierarchisiert die Öffentlichkeit in ihr bekannte Opfergruppen. Betroffene Angehörige wiederum wären natürlicherweise subjektiv und müssten daher nicht gerecht zu sein. Frank Reuter schloss sich dieser Meinung an: Opfergruppen bräuchten Anwälte. Letztlich reflektiere die Diskussion um den Opferbegriff immer auch die Ambivalenz und Vielschichtigkeit des Lebens und damit der historischen Wirklichkeit.

Ein diskussionsfreudiges Plenum reagierte zum Abschluss mit Kritik, Wünschen und Ratschlägen auf die Vorträge und Statements der Fachleute: Ein intensiver Bürgerdialog über die Form einer kommunalen Erinnerungs- und Gedenkkultur sei ebenso wichtig wie die Möglichkeit, an der Gestaltung und Umsetzung von Gedenkformen konkret mitzuwirken. Die Forschungsergebnisse der Koordinierungsstelle sollten – über

die reine Namensnennung auf einem Denkmal hinaus – öffentlich zugänglich sein. Angeregt wurden digitale Lösungen, die auch ein stärkeres Engagement von Jugendlichen ermöglichen. Diese aktive Einbindung könnte etwa über die Mitarbeit von SchülerInnen bei der Recherche und der Präsentation von Biografien erfolgen. In einem Punkt waren sich abschließend Referenten und Publikum einig: Das Projekt biete eine große Chance für die Erinnerungskultur der Stadt München. Diese lebendig zu halten und zeitgemäß zu verstetigen ist die zentrale Herausforderung. Zweifellos werden hierzu auch die weiteren Entwicklungen außerhalb Münchens mit Spannung verfolgt.

Konferenzübersicht:

Hans-Georg Küppers (München): Grußwort

Michael Stephan (München): Das Projekt Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in München

Dagmar Lieske (Berlin): Die nationalsozialistische Verfolgung von „Berufsverbrechern“. Problematiken und Kontinuitäten einer Stigmatisierung

Harald Schmid (Rendsburg): „Opfer“ im Fokus von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Konturen und Konjunkturen eines Zentralbegriffs der Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus

Podiumsdiskussion: Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes in München. Diskurs und Perspektiven

Moderation: Andreas Heusler (München)

Gabriele Hammermann (Dachau) / Beate Meyer (Hamburg) / Frank Reuter (Heidelberg) / Jürgen Zarusky (München)

Tagungsbericht *Wer ist Opfer des Nationalsozialismus? Fachkolloquium zu erinnerungskulturellen Problemen und Perspektiven*. 19.06.2017, München, in: H-Soz-Kult 07.07.2017.